



Außerbetrieblich und doch „betriebsnah“ – Zwischenbilanz und Perspektiven der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost

► **Außerbetriebliche Ausbildungsplatzprogramme für sog. marktbenachteiligte Jugendliche gehören zum Kernstück der Ausbildungsförderung in Ostdeutschland. Seit 1993 von Bund und neuen Ländern als Gemeinschaftsinitiative Ost finanziert, geriet diese außerbetriebliche Förderung zunehmend in die Kritik. Daher einigten sich Bund und neue Länder 1996 auf eine betriebs- und wirtschaftsnähere Neukonzeption der gemeinsam finanzierten Ausbildungsplatzprogramme. Da diese Förderprogramme bis 2004 fortgesetzt werden sollen, wurde das BIBB vom BMBF gebeten, für den Förderzeitraum 1996 bis 1999 eine Evaluierung der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost vorzunehmen.**

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für den zurückliegenden Förderzeitraum 1996–1999 das Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost evaluiert.¹ Die landesspezifische Ausgestaltung der 1996 neu konzipierten Bund-Länder-Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland und deren Wirksamkeit sollte untersucht werden. Auf der Grundlage dieser Bilanz waren Empfehlungen für die Feinabstimmung zur Ausgestaltung der bis 2004 geplanten Förderprogramme zu formulieren.²

Für die Evaluation standen im Wesentlichen die im Rahmen des Fördergeschehens erstellten Statistiken zur Verfügung. Da die Entscheidung für eine Evaluation des Programms von Bund und Ländern erst im Jahr 2000 getroffen und bei der Programmplanung noch nicht berücksichtigt worden war, musste sich die Evaluation auf prozessproduzierte Daten stützen, die vorrangig auf die Erfordernisse der Programmdurchführung abgestellt waren. Insbesondere für länderübergreifende Vergleiche erwies sich diese Datenbasis als teilweise lückenhaft und unsystematisch. Über Expertengespräche bei den zuständigen Länderressorts und Ausbildungsträgern vor Ort konnten die vorliegenden Informationen angereichert werden. Länderübergreifende Aussagen zum Fördergeschehen sind vorrangig zur Ausgestaltung und Struktur der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost möglich. Hinweise zur Wirksamkeit der Programme können hingegen eher exemplarisch für einzelne Bundesländer dargestellt werden.

Das BIBB soll beauftragt werden, die Programme bis zum Jahr 2005 auf der Grundlage einer verbesserten Datenbasis zu evaluieren.

In diesem Beitrag werden zunächst der Stellenwert, wichtige Aspekte der Neukonzeption und grundlegende Strukturdaten der evaluierten Programme dargestellt. Es folgen Hinweise zur Wirksamkeit und eine Skizzierung der Empfehlungen zur geplanten Weiterführung der Programme.



KLAUS BERGER

Wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich
„Kosten, Nutzen, Finanzierung“ im BIBB



GÜNTER WALDEN

Dr. rer. pol., Leiter des Arbeitsbereichs
„Kosten, Nutzen, Finanzierung“ im BIBB

Stellenwert und Ausgestaltung der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme

DER BEITRAG ZUM AUSBILDUNGSANGEBOT IN OSTDEUTSCHLAND

Zum Ausbildungsjahr 2001/02 konnten in Ostdeutschland wieder 39.269 Jugendliche nur einen Ausbildungsvertrag in einem außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnis unterschreiben.³ Dies waren 29,1% aller zum Stichtag 31. 12. 2001 neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse. Bei rund 16.000 der neuen Auszubildenden wurde dies jedoch nicht damit begründet, dass sie einer individuellen außerbetrieblichen Förderung z. B. nach dem Benachteiligtenprogramm bedurften. Vielmehr galten sie als „marktbenachteiligt“, weil sie zu den geburtenstarken Jahrgängen gehören, für die der ostdeutsche Ausbildungsmarkt nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze bietet.⁴ Zum Ausgleich stellt der Staat außerbetriebliche Ausbildungskapazitäten bereit, die er über das Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost, die hierauf abgestimmten landeseigenen Ergänzungsprogramme und seit 1999 nach Artikel 4 des Jugendsofortprogramms fördert.

In den neuen Ländern ohne Berlin lag die Zahl der unvermittelten Bewerber/-innen zum Stichtag 30. September im Jahr 1996 bei 13.821 und erreichte 1997 mit 15.231 ihren Höchststand. Bis zum Jahr 2001 war die Zahl der unvermittelten Bewerber/-innen in den neuen Ländern einschließlich Berlin auf 8.500 zurückgegangen. Für die Nachfrage-Angebots-Relation bedeutete dies, dass in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre je 100 Bewerber durchschnittlich nur 92 Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2001/2002 war das Angebot leicht auf 94,7 Plätze je 100 Bewerber angestiegen.

stellt hierbei die Mehrzahl der staatlich geförderten Ausbildungsplätze. Zum Stichtag 31. 12. 2000 wurden hierüber insgesamt 36.970 Auszubildende und damit 9,1% aller ostdeutschen Auszubildenden gefördert. Auch zu Beginn des Ausbildungsjahres 2001/2002 finanzierten Bund und neue Länder 16.000 zusätzliche Ausbildungsstellen über dieses gemeinsame Förderprogramm.⁵ Mit über 100 Mio. € trägt der Bund wieder die Hälfte der Fördermittel.

DIE NEUKONZEPTION DER BUND-LÄNDER-FÖRDERUNG

Die Kofinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsstellen durch den Bund und die neuen Länder begann im Oktober 1993 mit der Gemeinschaftsinitiative Ost (GIOst).⁶ Sie führte die außerbetriebliche Förderung sog. marktbenachteiligter Jugendlicher fort. Diese wurde bis dahin nach dem früheren Arbeitsförderungs-gesetz finanziert.

Die Wirksamkeit der Gemeinschaftsinitiative Ost wurde Mitte der Neunzigerjahre zunehmend infrage gestellt. Hohe Förderkosten, Probleme bei der arbeitsmarktgerechten Aus-

wahl der Ausbildungsberufe, der geringe Bezug der außerbetrieblichen Ausbildung zur Betriebspraxis sowie daraus resultierende Übergangsprobleme an der „2. Schwelle“ gehörten zu den zentralen Kritikpunkten. Im Jahr 1995 zeichnete sich zunächst im Bundesland Sachsen eine Neukonzeption der Bund-Länder-Programme ab,⁷ die im Jahr darauf zur Einstellung der Gemeinschaftsinitiative Ost führte. Ab 1996 wurden die Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost durch eine veränderte Förderkonzeption bestimmt.

Folgende Ziele standen im Vordergrund:

- **Senkung der staatlichen Förderausgaben:** Diese konnten bislang pro Ausbildungsplatz bis zu 60.000,- DM betragen und wurden nun auf einen durchschnittlichen Fördersatz von 26.500,- DM mit einem Bundesanteil von max. 50 Prozent festgesetzt.
- **Größere Betriebsnähe:** Der Bezug der außerbetrieblichen Ausbildung zur Betriebspraxis sollte über eine deutliche Ausweitung der betrieblichen Praktikumsphasen auf mindestens fünfzig Prozent der Ausbildungszeit verstärkt werden.
- **Stärkere Wirtschaftsnähe der geförderten Berufsstruktur:** Die Durchführungs-kompetenz für die Bund-Länder-Förderung ging von der Bundesanstalt für Arbeit auf die einzelnen Länder über. Die landesspezifische Ausgestaltung der Programme erfolgte unter Einbindung der Kammern und Landesarbeitsämter.

DIE STRUKTUR DER NEUEN BUND-LÄNDER-PROGRAMME AB 1996

Förderkomponenten des Programms

Beginnend mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost 1996 wurde das bislang ausschließlich auf den außerbetrieblichen Lernort konzentrierte Fördermodell durch zwei Fördermodelle mit neuen Lernortkombinationen abgelöst. Sie bildeten zwei wichtige Förderkomponenten des Bund-Länder-Programms:

- **Betriebsnahe Förderkomponente:** Die Ausbildung findet hier nicht mehr allein beim außerbetrieblichen Träger statt, sondern erfolgt zu erheblichen Zeitanteilen in Praktikumsbetrieben. Betriebsnahe Ausbildung bedeutet hier, dass ein möglichst hoher Ausbildungsanteil, vergleichbar mit der betrieblichen Ausbildung, in Arbeitsabläufe des Praktikumbetriebes eingebunden werden soll. Die Verantwortung für die Ausbildung liegt weiterhin beim außerbetrieblichen Träger, da der Auszubildende mit diesem den Ausbildungsvertrag schließt.

- Schulische bzw. schulisch-kooperative Förderkomponente:

Im Rahmen dieser Komponente werden zusätzliche schulische Ausbildungsplätze bereitgestellt. Im Unterschied zu der betriebsnahen Förderkomponente, bei der die Auszubildenden eine – allerdings abgesenkte – Ausbildungsvergütung erhalten, haben die Jugendlichen hier Schülerstatus und erhalten keine Ausbildungsvergütung. Gefördert wird die Ausbildung in vollzeitschulischen Ausbildungsberufen nach Bundes- oder Landesregelung. Auch wird eine Ausbildung in BBiG- bzw. HwO-Berufen angeboten. Sie erfolgt schulisch-kooperativ, d. h., die theoretische Ausbildung in der berufsbildenden Schule wird mit der fachpraktischen Ausbildung in außerbetrieblichen Bildungsstätten und Praktikumsbetrieben verknüpft.⁸

Die betriebsnahe Förderkomponente nimmt den quantitativ größten Stellenwert im Bund-Länder-Programm ein (vgl. Übersicht). Die weiteren Ausführungen werden sich daher auf diese Komponente beschränken.⁹

Geförderte Berufsstruktur

Die angebotenen Ausbildungsberufe in der betriebsnahen Förderung konzentrieren sich nach wie vor auf ein relativ begrenztes Berufsspektrum. Die männlichen Teilnehmer werden vorrangig in den Bau- und Baunebenberufen sowie den Metallberufen ausgebildet. Es gibt jedoch auch Ausnahmen. So mündete z. B. 1999 im Bundesland Berlin jeder fünfte betriebsnah geförderte, männliche Auszubildende in einem der eher frauendominierten Organisations- und Verwaltungsbüroberufe ein. Bei den betriebsnah ausgebildeten Frauen überwiegen durchgängig die Waren- und Dienstleistungskaufleute, Organisations- und Verwaltungsbüroberufe sowie die Körperpflege-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe. Trotz der geforderten Orientierung am künftigen Fachkräftebedarf konnte in den Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogrammen 1996 ff. eine weitere Verfestigung hergebrachter und geschlechtsspezifischer Berufsstrukturen nicht verhindert werden. Gleichwohl ging der Teilnehmeranteil in den traditionellen Berufsschwerpunkten zu Gunsten bisher weniger berücksichtigter Berufe leicht zurück. Auch werden Förderteilnehmer/-innen in IT-Berufen und anderen neuen Berufen ausgebildet.

Wirksamkeit der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme

HOHE AUSSCHÖPFUNGSQUOTEN, ABER ZIELGRUPPE UNTERSCHIEDLICH GUT ERREICHT

Die nahezu vollständige Ausschöpfung der bereitgestellten Förderkapazitäten sagt noch nichts darüber aus, inwieweit die Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme ihre Ziel-

gruppe, die unvermittelten Bewerber/-innen, erreicht haben. Expertengespräche vor Ort zeigten, dass diese Zielgruppe in der Informationsphase der Programme nur zum Teil erreicht wird. Auf regionaler Ebene wird in Einzelfällen von Ausfallquoten zwischen 30 % und 70 % berichtet. Die teilweise hohen Ausfallquoten lassen sich nicht allein durch alternativ wahrgenommene Bildungsmöglichkeiten oder mit der Einberufung zum Bundeswehrdienst erklären.

Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost 1996–2000

Vereinbarte Platzkontingente und Prozentanteil der Förderkomponenten					
Bund-Länder-Förderung Ost	1996	1997	1998	1999	2000
Vereinbarte Platzkontingente	14.300	14.996	17.500	17.500	17.000
betriebsnah*	76%	80%	79%	76%	80%
schulisch-(kooperativ)	8%	17%	21%	24%	20%
außerbetrieblich und andere	26%	3%	-	-	-

* Wegen der vergleichbaren Ausbildungsorganisation werden die Förderplätze in Sachsen-Anhalt hier, anders als in den Berufsbildungsberichten, der betriebsnahen Förderkomponente zugerechnet.

Ungeachtet dieser ersten unvermittelten Bewerbergruppe, die bereits in der Informationsphase der Programme nicht erreicht wird, übersteigt die Zahl der Förderplatzbewerber das angebotene Platzkontingent in einzelnen Regionen teilweise um ein Vielfaches. Leistungsorientierte Ausleseverfahren ähnlich wie am ersten Ausbildungsmarkt sind die Folge. Während weniger leistungsstarke Bewerber hierdurch auf nachrangige und nicht unbedingt passgenauere Förderangebote verwiesen werden, stellen diese Ausleseverfahren für die Ausbildungsträger ein „inputorientiertes“ Steuerungsinstrument zur Sicherung des Maßnahmen Erfolgs dar. Dies geschieht auch mit Blick auf die Praktikumsbetriebe, da befürchtet wird, sie bei einer Vermittlung leistungsschwächerer Ausbildungspraktikanten als Kooperationspartner zu verlieren.

PRÜFUNGSERFOLG

Die Bestehensquote bei den Abschlussprüfungen wird im Vergleich zu den betrieblichen Auszubildenden in allen ostdeutschen Bundesländern als gleich oder überdurchschnittlich beschrieben. Beispielsweise hatten 95 % der Prüfungsteilnehmer/-innen aus der betriebsnahen Gemeinschaftsinitiative Sachsen der Jahre 1996 bis 1998 ihre Ausbildung bis Ende des Jahres 2000 erfolgreich abgeschlossen. Vergleichbare Erfolgsquoten werden auch aus den betriebsnahen Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern gemeldet. Die Positivauswahl der Träger unter den Förderplatzbewerbern mag ein Grund für diese guten Ergebnisse sein. Sie weisen jedoch auch auf eine hohe Ausbildungsqualität der „betriebsnahen“ Ausbildung hin. Im Vergleich zur außerbetrieblichen Ausbildungsorganisation besteht hier eine größere Chance, über die Praktikumsbetriebe Aus-

bildungsphasen in betrieblichen Produktions- und Geschäftsprozessen zu organisieren. Dies setzt jedoch voraus, dass die außerbetriebliche Ausbildungsstätte und der jeweilige Praktikumsbetrieb miteinander kooperieren. Nicht zuletzt widersprechen die Prüfungserfolge aber auch den Behauptungen, nach denen viele Ausbildungsplatzbewerber auch deswegen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, weil sie über eine unzureichende Ausbildungseignung verfügen.

TEILNEHMERVERBLEIB IN ARBEIT

Wie sehen die Chancen der betriebsnahen Maßnahmeteilnehmer/-innen an der so genannten zweiten Schwelle aus? Nach einer Absolventenbefragung, die bei Förderteilnehmern der „betriebsnahen“ Gemeinschaftsinitiative Sachsen der Programmjahre 1995 bis 1997 durchgeführt wurde, waren 33 % der Befragungsteilnehmer unmittelbar nach Maßnahmeabschluss in ein Beschäftigungsverhältnis eingemündet.¹⁰ Die Übernahmequote der ausschließlich in außerbetrieblichen Bildungsstätten ausgebildeten Vergleichsgruppe lag hingegen nur bei 22 %. Beide Ergebnisse lagen jedoch immer noch deutlich unter den durchschnittlichen Übernahmequoten der ostdeutschen Ausbildungsabsolventen (rd. 48 %) in den Jahren 1997 bis 1999. Für



Arbeitslose Jugendliche werden im Ausbildungszentrum des Jugendsozialwerks Dresden ausgebildet.

Mecklenburg-Vorpommern liegen zum Teilnehmerverbleib nur Schätzungen aus zwei Industrie- und Handelskammern vor. Hiernach haben 40 %–60 % der Maßnahmeabsolventen unmittelbar nach Ausbildungsabschluss einen Arbeitsplatz erhalten. Die geschätzten Übernahmequoten variieren erheblich nach Beruf und regionaler Arbeitsmarktlage. Eine stärkere Orientierung des Förderangebots am Bedarf der Wirtschaft sollte die Übernahmechancen der Absolventen in Arbeit verbessern. Insbesondere die Kammern mit ihrer Kenntnis des regionalen Wirtschaftsbedarfs sollten hierzu beitragen. Die Erwartungen hieran sollten jedoch nicht allzu hoch gesteckt werden, da die meisten Betriebe über einen mittelfristigen Zeitraum kaum zuverlässige Bedarfsprognosen abgeben können.

Vertrauen in die Berufs- kompetenz gestärkt

Insgesamt deuten die Ergebnisse zum Teilnehmerverbleib darauf hin, dass die erheblichen betrieblichen Praktikumsphasen im betriebsnahen Förderangebot der Bund-Länder-Programme das Vertrauen der

Betriebe in die Berufskompetenz der hier ausgebildeten Fachkräfte gestärkt haben. Die betriebliche Übernahmebereitschaft war höher als bei Absolventen rein außerbetrieblicher Fördermaßnahmen. Aus Sicht der Betriebe konnten jedoch beide Gruppen nicht mit den betrieblich ausgebildeten Fachkräften konkurrieren. Die unterschiedlichen Übernahmechancen werden jedoch auch – wie ERMISCHER und NEUFELDT betonen – „wesentlich durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt bestimmt.“¹¹

EINFLUSS AUF BETRIEBLICHE AUSBILDUNGS- AKTIVITÄTEN

Die Umstellung der außerbetrieblichen Ausbildungsförderung auf die betriebsnahe Förderung war nicht unumstritten. So sind die betrieblichen Präsenzzeiten der Ausbildungspraktikanten ab dem zweiten Ausbildungsjahr häufig kaum geringer als die der betriebseigenen Auszubildenden. Die abgesenkte Ausbildungsvergütung der Praktikanten wird allerdings öffentlich finanziert. Es liegt nahe, hierin eine Subventionierung betrieblicher Ausbildung zu sehen, die Mitnahmeeffekte begünstigt. Die Programmgestalter versuchten mögliche Mitnahmeeffekte dadurch einzugrenzen, dass Betriebe Praktikumsplätze nur für solche Berufe bereitstellen konnten, in denen sie selbst bereits ausbildeten.

Der Anteil der geförderten Plätze an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in den jeweiligen Berufen kann als ein möglicher Indikator für Mitnahmeeffekte angesehen werden.¹² Es wurden daher berufsspezifische Förderquoten für die im Bund-Länder-Programm stärker besetzten Berufe gebildet. Im Zeitraum 1996 bis 1999 lag diese Förderquote in Mecklenburg-Vorpommern z. B. beim Ausbildungsberuf Verkäufer/-in bei durchschnittlich 35 %. Auch die häufig geförderte Ausbildung der Bürokaufleute wies eine Quote von durchschnittlich 24 % auf. Die hohen Förderquoten lassen vermuten, dass es in diesen beiden stark geförderten Ausbildungsberufen¹³ zu betrieblichen Mitnahmeeffekten kam. Bei den übrigen Berufen liegen die Förderquoten in Mecklenburg-Vorpommern unter 20 %. Im Zeitverlauf kann hier sogar ein leichter Rückgang der Quoten beobachtet werden. So ging die Förderquote im Ausbildungsberuf Verkäufer/-in von 1996 bis 1999 um knapp drei Prozentpunkte auf 35,3 % zurück. Bei den Bürokaufleuten war ein Rückgang von 26,3 % im Jahr 1996 auf 21,3 % im Jahr 1999 zu verzeichnen. Eine andere Entwick-



Ausbildungszentrum des Jugendsozialwerks für arbeitslose Jugendliche in Dresden

lung lässt sich im Bundesland Berlin im Zeitraum 1998 bis 2000 beobachten. Hier steigt die Förderquote beim Ausbildungsberuf Maurer/-in von 14,1% auf 37,6%. Auch die Förderquote bei den Fachinformatiker/-innen erlebt einen Anstieg von 2,2% auf 21,8%. Die Gründe für diesen Anstieg sind unterschiedlich. Während bei den Maurer/-innen in Berlin die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge insgesamt rückläufig war, nahm die Zahl der über das Bund-Länder-Programm finanzierten Ausbildungsplätze zu. Bei den Fachinformatiker/-innen stieg sowohl die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge insgesamt als auch die Zahl der in diesem Beruf geförderten Ausbildungsplätze. In beiden Ausbildungsberufen nahm jedoch der jeweilige Anteil der geförderten Plätze gegenüber den betrieblichen Ausbildungsplätzen zu. Betriebliche Mitnahmeeffekte sind somit nicht ganz auszuschließen.

Resümee

Mit ihrer neuen Förderkonzeption konzentrierten sich die Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost überwiegend auf die Finanzierung so genannter betriebsnaher,

aber auch schulischer Förderplätze. Bei der betriebsnahen Förderung erhielten insbesondere die leistungsstärkeren unter den unvermittelten Bewerbern die Möglichkeit zu einer qualifizierten Berufsausbildung. Im Vergleich zur Gemeinschaftsinitiative Ost, bei der die Ausbildung ausschließlich bei außerbetrieblichen Trägern erfolgte, erhöhte die betriebsnahe Förderung die Chancen der Maßnahmeabsolventen auf einen Arbeitsplatz unmittelbar nach Ausbildungsabschluss. Bei diesen Vergleichen darf allerdings nicht vergessen werden, dass letztlich die jeweilige Lage am Arbeitsmarkt die Erwerbssituation der Absolventen wesentlich bestimmt.

Bis Mitte des Jahrzehnts wird in Ostdeutschland von einer weiterhin hohen Bewerbernachfrage ausgegangen. Der Bund plant daher die Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme bis zum Jahr 2004 weiterzuführen. Zur Feinabstimmung der zukünftigen Bund-Länder-Förderung wurde in der BIBB-Studie ein Bündel von Empfehlungen formuliert, die in den Gesprächen zwischen Bund und neuen Ländern auf der Arbeitsebene eingehend diskutiert wurden. Diese Empfehlungen zielten auf verschiedene Aspekte. *Erstens* sollten die Förderangebote sich stärker an der *Zielgruppe* orientieren. Hierzu sind Information und Beratung in der Startphase der Programme stärker an der Zielgruppe auszurichten. Gleichzeitig ist die Passgenauigkeit zwischen Ausbildungserwartungen und -voraussetzungen der unvermittelten Bewerber/-innen einerseits und dem Förderangebot andererseits zu verbessern. *Zweitens* bedarf es einer stärkeren *regionalen Abstimmung* des Bund-Länder-Programms mit anderen Maßnahmen der Ausbildungsförderung sowie der Institutionen und Akteure, die an der Übergangsschwelle Schule – Beruf tätig sind. *Drittens* wäre eine stärkere *Finanzierungsbeteiligung der Betriebe* in den betriebspraktischen Phasen der Ausbildung zu überlegen. Mitnahmerisiken könnten hierdurch reduziert werden. Schließlich sollte die Datenbasis für die weitere Programmevaluation verbessert werden. ■

Anmerkungen

- 1 Vgl. Berger, K.; Walden, G.: *Evaluierung der Bund-Länder-Programme zur Ausbildungsförderung in den neuen Bundesländern 1996–1999*. BIBB. (Hrsg.), Bielefeld 2002 (in Vorbereitung)
- 2 BMBF: *Pressemitteilung 48/2001 vom 06. 04. 2001*
- 3 Ulrich, J. G.: *Gesamtzahl aller „betrieblichen“ und „außerbetrieblichen“ Auszubildenden – erste differenzierte Information*. BIBBforschung 4/2001
- 4 *Handelte es sich bis Mitte der neunziger Jahre noch um ein Problem fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze, so überstieg die ostdeutsche Ausbildungsquote in den letzten Jahren mit 6,2% sogar die westdeutsche Quote. Durch die Nachfrage der geburtenstarken Jahrgänge ist der Ausbildungsmarkt jedoch weiterhin erheblich angespannt.*
- 5 *Ohne die hierin enthaltenen schulischen Plätze einzurechnen, wurden bis zum 31. 12. 2001 hierüber 12.627 Auszubildende gefördert.*
- 6 *Einschließlich Berlin, GIOst'93 nur Berlin-Ost*
- 7 Hild, P.; Mohri, M.; Schnabel, A.: *Wirtschaftsnahe Ausbildungsförderung: „Gemeinschaftsinitiative Sachsen“*.
- 8 Schur, I. R.: *Für jedes Problem ein Modellprojekt oder ein Sonderprogramm*. In: *BWP 28 (1999) 5, S. 20–24*
- 9 *Zur schulisch-kooperativen Förderung vgl. auch: Liepmann, D.; Felfe, J.: Kooperationsmodelle in Ostdeutschland. Teil I, Mai 2001*
- 10 Ermischer, I.; Neufeldt, M.: *Untersuchung der Erwerbsverläufe von jungen Fachkräften im Anschluss an die berufliche Erstausbildung – eine Untersuchung des Verbleibs von Jugendlichen nach einer staatlich geförderten Berufsausbildung*. Abschlussbericht, März 2001, S. 1
- 11 Ermischer, I.; Neufeldt, M. 2001, S. 13
- 12 Hild, P. u. a. 1998, S. 129
- 13 *Bei der betriebsnahen Förderung des Bund-Länder-Programms 1999 mündeten allein 22% der Förderteilnehmer in diese beiden Ausbildungsberufe ein.*